



Dem neuen Kultur- und Sozialausschuss gehören an (von links): Matthias Schimpf, Marco Graf, Marlene Zarges, Reiner Embach, Nadja Jartmann, Klaus Wolff und Ferdinand Koob (in Vertretung von Hannelore Glab). Foto: Hans-Jürgen Brunnengräber

Von Hans-Jürgen Brunnengräber

LORSCHER PARLAMENT

Neben den zwei bewährten konstituiert sich ein neuer Ausschuss

LORSCH - Auch in Lorsch haben sich die parlamentarischen Ausschüsse konstituiert. Erstmals gibt es einen Kultur- und Sozialausschuss. Dieses Gremium ist neben dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Bau- und Umweltausschuss das dritte Hilfsorgan der Stadtverordnetenversammlung zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse.

Über Leitlinien der Arbeit sowie Zuständigkeiten des neuen Ausschusses, insbesondere in Abgrenzung zum Hauptausschuss, soll im Ältestenrat entschieden werden. Eine Sitzungsterminplanung für den Kultur- und Sozialausschuss steht im Gegensatz zu den beiden anderen Ausschüssen ebenfalls noch nicht fest.

Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit, sagte Kulturausschuss-Vorsitzender Reiner Embach (PWL) nach seiner einstimmigen Wahl. Der 52 Jahre alte Veranstaltungskaufmann wurde am 6. März erstmals als Stadtverordneter gewählt. Embach war bis zur deren Auflösung einer der Geschäftsführer der im Auftrag der Stadt Lorsch agierenden Interessengemeinschaft Lorsch Kultur. Klaus Wolff (FDP) und Nadja Hartmann (SPD) übernehmen Stellvertreterpositionen. Auch sie wurden einstimmig gewählt.

Die Einrichtung eines Kultur- und Sozialausschusses wurde in den Allparteien-Gesprächen nach der Kommunalwahl von den Grünen angeregt. Die Parteien versprechen sich vom neuen Ausschuss mehr Transparenz der kommunalen Kulturarbeit. In der Vergangenheit gab es auch in parlamentarischen Gremien mehrfach Kritik an der Arbeit des städtischen Kulturamts und deren Leiterin Gabi Dewald.

Neben dem Kultur- und Sozialausschuss soll es in dieser Wahlperiode wieder eine Kulturkommission sowie eine Sozialkommission geben. Kommissionen sind Hilfsorgane des Magistrats. Sie tagen wie dieser in nicht öffentlicher Sitzung.

Als Mitglieder des Kultur- und Sozialausschusses wurden von den Fraktionen benannt: Angelika Brunnengräber, Hannelore Glab, Olaf Jünge (alle CDU), Nadja Hartmann und Marlene Zarges (SPD), Reiner Embach und Marco Graf (PWL), Matthias Schimpf (Grüne) sowie Klaus Wolff (FDP).

Kontinuität an der Spitze

Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses ist auch in diese Wahlperiode Peter Velten (SPD). Der 46 Jahre alte Industriefachwirt wurde ebenso einstimmig gewählt wie seine Stellvertreter Ferdinand Koob (CDU) und Christian Walter (PWL). Für die CDU sind Robin Hartmann, Isabelle Kilthau sowie Ferdinand Koob, für die SPD Dirk Sander und Peter Velten, für die PWL Reiner Embach und Christian Walter, für die Grünen Hans Hilsdorf und für die FDP Friedrich Drayß im Haupt- und Finanzausschuss vertreten.

Im Bau- und Umweltausschuss wird Olaf Jünge (CDU) wieder den Vorsitz innehaben. Der 56 Jahre alte Kriminalbeamte übernahm dieses Amt 2014 vom langjährigen Vorsitzenden Klaus Schwab (CDU), der nach dem Tod des Ersten Stadtrats Friedrich Emig in den Magistrat wechselte. Stellvertreter Jünges sind Günter Jakob (Grüne) und Ulrich Schulze-Ganzlin (SPD). Die Wahlen erfolgten einstimmig.

Einstimmig hat der Bauausschuss dem Magistrat eine Stellungnahme zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans empfohlen. Die Stellungnahme soll nach abschließender Beratung im Magistrat bis kommenden Montag, 2. Mai, an das Bundesverkehrsministerium weitergeleitet werden. Die Stellungnahme der Stadt Lorsch ist weitgehend deckungsgleich mit den Erklärungen des Kreises Bergstraße, der Gemeinde Einhausen und des Vereins Mensch vor Verkehr. Darin werden beim Bau der Bahnstrecke Frankfurt-Mannheim bei einer Trassenführung entlang der A 67 ein langer bergmännischer Tunnel sowie ein Projektbeirat unter Beteiligung von betroffenen Kommunen Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen gefordert.

Nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung wird das Verkehrsministerium den Entwurf überarbeiten. Der Bundesverkehrswegeplan soll noch in der Wahlperiode bis Oktober 2017 verabschiedet werden.